

Der Leiter des Deutsch-Amerikanischen Instituts analysiert die Politik des US-Präsidenten

„Merkel und Trump werden sich nie mögen“

NÜRNBERG — Donald Trump ist seit gerade einmal zwei Monaten US-Präsident. Um Konventionen schert sich der politische Quereinsteiger noch immer wenig. Die NZ befragte Professor Andreas Falke, Leiter des Lehrstuhls für Auslandswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg und Leiter des Deutsch-Amerikanischen Instituts in Nürnberg, zu den ersten Erkenntnissen über Trumps Politik

NZ: US-Präsident Trump ist jetzt seit zwei Monaten im Amt. Wie würden Sie seine Politik charakterisieren?

Falke: Schon in der Antrittsrede hatte sich bestätigt, dass Trump die „America-First“-Strategie fahren wird. Doch nicht alle Themen sind völlig neu. So ist etwa der Streit über die Lastenteilung alt, den gab es auch unter Obama schon, jetzt aber machen die Amerikaner damit ernst. Bei Themen wie etwa Nato oder Russland ist der Präsident eher auf einen traditionelleren Kurs eingeschwenkt. Das Ganze ist sehr von Personen abhängig. Trump hat ja bereits seinen nationalen Sicherheitsberater verloren. Der neue, Herbert Raymond McMaster, ist deutlich traditioneller und an der Sicherheitsallianz orientierter als Vorgänger Michael Flynn.



Andreas Falke

NZ: Hat Trump aus den Anfängerfehlern, etwa dem Fiasko des ersten Einreisdekrets, das rechtlich keinen Bestand hatte, etwas gelernt?

Falke: Ich glaube nicht. Sein oberstes Ziel ist es, die republikanische Wählerbasis – also Weiße mit geringem Bildungsabschluss – zu mobilisieren. Das begründet die permanente Spannung zwischen ethno-populistischen und eher traditionellen Themen. Und auch von dieser Niederlage lässt sich Trump nicht stoppen. In der Außenpolitik dagegen gibt es erstmals relativ moderate Ansätze, etwa gegenüber China und Japan.

NZ: Wie sehen Sie das Verhältnis zu Deutschland?

Falke: Frau Merkel und Herr Trump werden sich nie richtig mögen. Sie sind vom Charakter und Stil her viel zu weit voneinander entfernt. Doch die Kanzlerin hat vieles sehr gut gemacht. Sie ist extrem gut vorbereitet nach Washington gefahren. Das war sehr geschickt. Etwa vom Thema Berufsausbildung und berufliche Weiterbildung war Trump sehr beeindruckt. Es war auch sehr geschickt, deutsche Wirtschaftsbosse mitzunehmen. Das sind Leute, mit denen Trump umgehen kann. Sehr ungehörig jedoch war Trumps Versuch, Merkel mit ins Boot zu holen, indem er darauf verwies, dass sie beide von Obama abgehört worden seien. Das war einfach unter der Gürtellinie und typisch für Trump. Deshalb wird Merkel nie eine wirklich enge Beziehung zu Trump aufbauen können, sie wird ihm wohl immer in einer gewissen Abwehrhaltung gegenüberstehen. Doch es war ganz sicher richtig, sich bereits jetzt das erste Mal zu treffen und nicht erst beim Nato-Gipfel im Mai. Irgendwie

muss man ja mit Trump auskommen, zu diesem Urteil ist wohl auch Merkel gekommen. Der Besuch hat kein optimales Ergebnis gebracht, aber immerhin wurde eine Art Basis geschaffen.

NZ: Auch gegenüber Nato und EU gab es in den vergangenen Wochen etwas moderatere Töne. Gibt es hier so etwas wie einen Sinneswandel?

Falke: Merkel musste Trump ja erstmal belehren, dass EU-Handelsverträge nicht von Deutschland, sondern von allen EU-Partnern ausgehandelt werden. Dennoch ist Trump von der Handelspolitik der EU noch immer nicht begeistert. Das Problem ist, dass sich Trump ausgerechnet Deutschland als Handelsmacht herausgesucht hat. Merkels Belehrung zum Trotz interessiert es Trump eigentlich nicht, dass die EU und nicht Deutschland für Handelsverträge und Handelspolitik zuständig ist. Deshalb wird es auch bei diesem Thema künftig ziemliche Spannungen geben.

NZ: Wird die Nato, mit Präsident Trump noch große Überraschungen erleben?

Falke: Trump hat beim Treffen mit Merkel einen Fehler gemacht. Er hat behauptet, Deutschland schulde den USA noch Geld. Die Nato ist ja kein Club, wo man Beiträge bezahlen muss. Die Leistung wird durch die Streitkräfte erbracht. Aber der Druck, dass Deutschland eigentlich zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben sollte, wird weiter bestehen. Trump wird darauf mehr beharren als Obama oder Bush. Dieses Thema wird ein Reibungspunkt in den gegenseitigen Beziehungen bleiben. Doch Trump hat eingesehen, dass die Nato für Europa, aber auch für die USA unabdingbar ist, sodass man sie nicht in Frage stellen kann. Die Drohung, dass die USA die Nato verlassen könnten, ist inzwischen vom Tisch. Trump hat verstanden, dass die Nato wichtiger Teil der amerikanischen Sicherheitsstrategie ist.

NZ: Wie schätzen Sie das Verhältnis Trumps zur republikanischen Partei ein? Könnte es einen offenen Konflikt zwischen dem Präsidenten und seiner Partei geben?

Falke: Das schwierige Verhältnis zeigt sich bei der Gesundheitsreform. Trump hat sich von Paul Ryan, dem Sprecher des Repräsentantenhauses, vor den Karren spannen lassen und dessen Vorschlag zu seiner eigenen Sache gemacht. Dabei ist diese Reform auch in der republikanischen Partei höchst umstritten. Die ganz Rechten wollen ein radikal markt-basiertes Gesundheitssystem haben. Moderate Kräfte in der Partei fürchten, dass durch die Reform vor allem ältere ärmere Weiße (also im Grunde Trumps Wähler) benachteiligt werden. Auch die Vorwürfe, das Trump-Team habe die Cyber-Attacken gegen Konkurrentin Hillary Clinton mit Hilfe der Russen koordiniert, bergen einen politischen Sprengsatz. Bisher noch bleiben die Republikaner bei der Stange. Wenn Trump aber tatsächlich zur großen Belastung der Republikaner würde – etwa wenn es Belege für ein Amtsenthebungsverfahren geben sollte –, dann könnte es sehr schwierig



Angela Merkel entgleiten nur selten die Gesichtszüge. Als US-Präsident Donald Trump jedoch über die „Gemeinsamkeit“ sprach, dass sie beide von Trumps Vorgänger Obama abgehört worden seien, konnte die Bundeskanzlerin ihren Blick nicht mehr beherrschen.

Foto: rtr

für Trump werden. Noch ist es nicht so weit, aber über dieser Regierung hängt immer eine dunkle Wolke.

NZ: Auch die Abhörvorwürfe gegenüber Amtsvorgänger Obama passen in diese Reihe. Wie brisant ist dieses Thema?

Falke: Im Grunde müsste sich Trump bei Obama entschuldigen. Er hatte ihm ja ein Verhalten vorgeworfen, das Anlass genug für ein Amtsenthebungsverfahren gewesen wäre. Das sind harte Vorwürfe, für die es aber keinen Beweis gibt. Doch Trump ist nie bereit, einen Fehler einzugestehen. In diesem Zusammenhang sind auch die sehr schlechten Umfragewerte des Präsidenten zu sehen. Zuletzt waren es nur mehr 37 Prozent Zustimmung. Das zeigt, dass zwar seine Anhängerbasis loyal bleibt, der Rest sich aber entfernt. Das einzige Gute ist jedoch die Tatsache, dass sich zwischen den extremen Rändern der Parteien wieder eine gemäßigte Mitte entwickelt hat.

NZ: Gerade ist der Versuch, die Gesundheitsreform durch das Parla-

ment zu bringen, gescheitert. Was bedeutet dies für Trump?

Falke: Das ist ein schwerer Schlag für Trump. Die Niederlage zeigt, dass er die Spannungen innerhalb der republikanischen Partei nicht beherrscht – und er kann nicht die Demokraten für diese Niederlage verantwortlich machen. Es läuft nun alles auf einen offenen Konflikt mit der eigenen Partei hinaus. Trump ist politisch angeschlagen, weil er einen Grundpfeiler seiner politischen Agenda, nämlich die Abschaffung von Obamacare, nicht durchgebracht hat. Der „Macher“ ist an den eigenen Parteifreunden gescheitert. Das ist ein Schlag ins Kontor.

NZ: Wer hat schuld an dieser Niederlage?

Falke: Viele Experten meinen, dass Trump einen Fehler gemacht hat, indem er die Gesundheitsreform so schnell angepackt hat. Stattdessen wäre es geschickter gewesen, die einfachere Steuer- oder Infrastrukturreform zuerst anzugehen. Doch er wollte gleich das schwierigste Projekt durchziehen. Das Ganze zeigt auch

die mangelnde Professionalität dieser Administration. Da gibt es sehr viele Leute, die eine ideologisch aufgeladene Agenda verfolgen. Und dass die Gruppe, die nur den politischen Gegner schlecht machen will, noch immer die Oberhand hat.

NZ: Wurde im Streit über die Mauer zu Mexiko etwas die Schärfe rausgenommen?

Falke: Das ist richtig. In die Haushaltsvorlage hat Trump für den Mauerbau bereits 1,2 Milliarden Dollar eingestellt. Das ist im Grunde das Eingeständnis, dass die USA die Mauer selbst bezahlen. Die Forderung, dass Mexiko bezahlen muss, ist damit erst einmal vom Tisch. Eine interessante Entwicklung wurde bei uns gar nicht registriert: Die Mehrzahl der texanischen Abgeordneten fühlt sich mit dieser Mauer sehr unwohl, weil sie erhebliche Enteignungen voraussetzt. Sie wollen diese Mauer nicht, obwohl sie Republikaner sind. Die Mauer ist eher ein symbolisches Projekt und ist derzeit eher in den Hintergrund gerückt. Ich glaube nicht, dass selbst Trumps treueste Anhänger im Kongress bereit sind, dafür 20 Milliarden Dollar locker zu machen.

NZ: Allen Ermahnungen zum Trotz bleibt Trump dabei, Politik per Twitter zu betreiben. Wie sehen Sie diese Tatsache?

Falke: Das ist Bestandteil seiner Herangehensweise an Politik. Er ist überzeugt, dass er nur so seine Fangemeinde erreichen kann. Das Twittern ist inzwischen schon fast zu einem Markenzeichen geworden und das wird vermutlich auch so bleiben, obwohl dies mit einem hohen Risiko gerade bei politisch heiklen Themen behaftet ist. Offenbar lässt sich Trump in dieser Hinsicht nichts sagen. Meiner Meinung nach ist dies eine Achillesferse. Auch viele moderate Wähler, die Trump zumindest eine Chance geben wollten, werden von seiner Art Politik abgestoßen. Das Gute am amerikanischen System ist jedoch, dass es genug „checks and balances“ gibt. Das haben wir an den Gerichten gesehen, die den Einreisebann gestoppt haben, und das könnte auch die nächste Wahl beeinflussen. Schon im nächsten Jahr steht Trump bei der Kongresswahl auf dem Prüfstand. Wenn es eine große Unzufriedenheit gibt, dann könnte es für Trump kritisch werden. Sollte er die Mehrheit im Senat verlieren, kann er Ernennungen nicht mehr so einfach durchsetzen. Das wäre ein klares Zeichen, dass große Teile der amerikanischen Bevölkerung mit dieser Regierung nichts zu tun haben wollen. Fragen: Sigrun Eibner

Die Europäische Union feierte ihren 60. Geburtstag

Rückblick mit Gefühl und viel Glanz

Die Europäische Union hat sich zusammengerissen. Entstanden als Traum vom Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg, gilt sie heute vielen als undemokratisch und bürgerfern. Doch hier in Rom demonstriert sie Einigkeit und Optimismus. Freunde und Gegner gehen auf die Straße.

ROM – Pomp, Zeremoniell und Sonnenschein: Man kann das Ergebnis der Feierlichkeiten zum 60. EU-Geburtsdag dürrig nennen und die „Erklärung von Rom“ vorhersehbar. Auch die Tatsache, dass der Jubiläumsgipfel der Europäischen Union nach wenigen Stunden vorbei ist, spricht nicht für bahnbrechende Ergebnisse. Und doch ist es mehr als ein Hauch von Geschichte, der am Samstag über dem römischen Kapitolsberg weht. Das staatstragende Jubiläum entfacht ungeahnte Emotionen bei Gegnern und Befürwortern.

„Ich bin genau vor 60 Jahren geboren“ – mit dieser Feststellung beginnt der polnische EU-Ratspräsident Donald Tusk seine Festrede. Aber manchmal bedeute das Geburtsdatum weniger als der Geburtsort, fügt er hinzu. Tusk ist im April 1957 in Danzig geboren, einer Stadt, die in Hunderten Jahren von Polen und Deutschen, Holländern und Juden, Schotten und

Franzosen erbaut worden sei. Im März 1945 zerstörten Hitlers und Stalins Truppen Danzig in wenigen Stunden.

Man hat das alles schon gehört – und doch gelingt Tusk ein eindringlicher Appell. Für Millionen Menschen, auch die, die an diesem Samstag in Europa für die europäische Einigung demonstrierten, sei die EU eben kein Verein für leere Sprüche, Regulierungen und Bürokratie. „Unsere Union ist die Garantie, dass Freiheit, Würde, Demokratie und Unabhängigkeit nicht nur Träume sind, sondern tägliche Realität.“ „Ein bisschen eng hier in diesem Raum“, scherzt der italienische Ministerpräsident und Gastgeber Paolo Gentiloni im Saal der Horatier und Curiatier. Und erinnert damit daran, dass es 1957 sechs Länder waren und heute 27 sind, die das Projekt Europa mitgestalten. 60 Jahre europäischer Einigungsprozess sind ein Erfolg, der die Erwartungen der europäischen Gründungsväter weit übertrifft hat, und die Europäische Union darf sich ruhig einmal dafür beglückwünschen.

Nicht nur Kanzlerin Angela Merkel findet das Ereignis „sehr bewegt“ vor dieser historischen Kulisse. Bewegt sind auch die Demonstranten außerhalb des streng abgeriegelten

Gipfelgeländes, sowohl Freunde Europas als auch Gegner. Etwa 30 000 sollen es gewesen sein, und 5000 Sicherheitskräfte. Zusammenstöße können verhindert werden, aber die Kundgebungen sind auch ein Spiegel der zerrissenen italienischen Gesellschaft.

Auch viele der Pro-Europäer verlangen einen Neustart der Gemeinschaft, raus aus dem „Brüsseler Tal der Tränen“, wie es EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker formuliert hat. „Das Jubiläum muss ein Punkt des Aufbruchs sein“, sagt Elisa, 33, aus Verona. Die Pro-Demonstranten kommen in Europaflaggen gehüllt.

Empörung ist zu spüren bei den Gegendemonstranten. „Die EU ist ein Instrument der Märkte und zerstört die Zukunft der Jugend“, sagt Francesco auf der Demo „Eurostop“. Andrea beschwert sich über die Sparpolitik. Ein junger Arzt sagt: „Wir wollen raus aus der Union, weil Italien am Sterben ist.“ Schuld gibt er den „Technokraten“.

Zeitungen sprechen angesichts der massiven Polizeipräsenz von einer „gepanzerten Stadt“. Aus Angst vor Ausschreitungen sind viele Geschäfte geschlossen, viele Römer haben aus Furcht vor Chaos die Stadt verlassen. Doch die große Randalie bleibt aus. Der Festakt selbst geht wohlgeordnet



Polens Ministerpräsidentin Beata Szydlo gab ihren Protest auf und unterzeichnete schließlich auch die „Erklärung von Rom“.

Foto: afp

und heiter über die Bühne. EU-Kommissionschef Juncker unterzeichnet die Erklärung zum Jubiläum mit einem historischen Füllfederhalter – genau dem, den die Delegation seines Heimatlandes Luxemburg vor 60 Jahren genutzt hatte. Luxemburg, Deutschland und die anderen vier Gründerstaaten schufen damals die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Ganz unfallfrei hantiert Juncker nicht mit seinem Füller: Er beschmiert sich die Finger mit Tinte.

Polens Ministerpräsidentin Beata Szydlo unterzeichnet nicht ohne Anspielung auf ihren vorigen Protest. Sie nimmt Platz, blickt ins Rund, lässt den Stift schweben über dem Papier.

Nach geleisteter Unterschrift breitet sie die Arme aus, was wohl so viel heißen soll wie „Na, seht ihr“. Szydlo hatte vorab damit gedroht, die Erklärung nicht zu unterschreiben, am Ende aber lenkte sie ein.

Mal wieder hat die Europäische Union die Kurve gekriegt, vorerst. Den Stolz auf Erfolge der Vergangenheit, die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft, das alles wird die Staatengemeinschaft noch bitter nötig haben. Am Mittwoch wird Großbritannien seinen offiziellen Austrittsantrag in Brüssel einreichen. Und bald stellt sich in Frankreich die Europagegnerrin Marine Le Pen zur Wahl. Europa muss um sich kämpfen. dpa